

Antrag der Fraktion B 90/Grüne

Aktenzeichen: 023.2
Sachbearbeiter/Antragsteller: Fraktion B90/Grüne

Datum	Drucksachen Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
03.06.2019	000106/2019

Beratungsfolge	TOP	Termin	Abstimmung			Bemerkungen
			Ein	Ja	Nein Ent	
Gemeindevertretung	4	17.06.2019				überwiesen
Ausschuss für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz		11.12.2019				

**Ausrufung des Klimanotstands in Schöneck
Klimaschutz in Schöneck (redaktionelle Änderung)
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen**

Beschlussvorschlag:

Die Schönecker Gemeindevertretung

- a) ~~erklärt den Klimanotstand und~~ (redaktionelle Änderung) erkennt ~~damit~~ die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab September 2019 folgende Klassifikation verpflichtender Bestandteil.

Auswirkungen auf den Klimaschutz

- Ja, positiv
- Ja, negativ
- Nein

Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in der Begründung dargestellt werden.

- d) beauftragt den Gemeindevorstand, die Gemeindevertretung bis September 2019 über den Umsetzungsstand des im Jahr 2012 verabschiedeten Klimaschutzkonzepts zu unterrichten und für noch offene Maßnahmen Beschlussvorlagen zur Umsetzung vorzulegen bzw. zu begründen, warum deren Umsetzung als nicht mehr sinnvoll erachtet werden.
- e) fordert den Gemeindevorstand auf, der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
- f) folgt mit diesem Beschluss dem Vorbild der Stadt Konstanz und weiterer Städte und Kommunen.
- g) Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Begründung:

Laut Deutschem Wetterdienst war das Jahr 2018 (wieder einmal) das wärmste und bis November auch das trockenste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Dringlichkeit, dem Klimawandel entschlossen entgegenzuwirken, dürfte uns allen auch durch die eigene Beobachtung und Erfahrung vor Augen geführt worden sein.

Unter dem Motto „Fridays for future“ erinnern uns demonstrierende Schülerinnen und Schüler Freitag für Freitag an das bisherige Versagen unserer Politik-Generation. Sie fordern endlich konsequentes Handeln gegen den Klimawandel. Denn wir setzen uns landauf landab Ziele - nur um diese immer wieder zu reißen.

Damit soll nun Schluss sein: Neben dem Bekenntnis zum dringlichen Handeln soll ab sofort jede Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin überprüft werden.

Für die Fraktion

gez.
Dr. Barbara Neuer-Markmann
Fraktionsvorsitzende